Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 6

Artikel: Mali : Sozialismus am Rande der Sahara [Schluss]

Autor: Tickle, Ian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076637

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

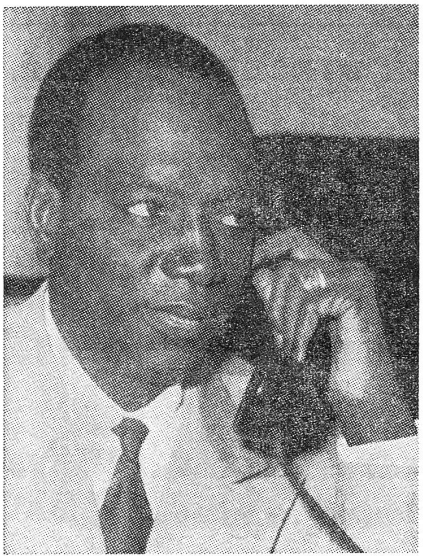
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MALI – SOZIALISMUS AM RANDE DER SAHARA

(Schluss)

Mali, das Land, in dem nicht einmal im Zoo unbefugterweise photographiert werden darf, ist mit Ghana der westafrikanische Staat mit der stärksten Neigung zum Kommunismus (Vergl. 1. Teil des Berichtes in KB Nr. 5). Der ehemalige französische Sudan, von den seinerzeitigen Kolonialherren als ergiebiges Hinterland zur Entwicklung Senegals betrachtet, will den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückstand mit radikalen Mitteln aufholen.

Das grösste Existenzproblem in jedem westafrikanischen Staat bestand in dem Verhältnis zwischen den mehr entwickelten Bevölkerungsteilen an der Küste und den anderen im Inneren des Landes, deren Lebensstandard weitaus niedriger ist. Nigerien, Dahomey und Ghana wurden seit ihrer Unabhängigkeit durch derartige zentrifugale Kräfte beinahe gesprengt; um so mehr Gründe gab es für das Auseinanderbrechen der Mali-Föderation,



Modibo Keita, Präsident der Republik Mali und Generalsekretär der Staatspartei «Union Soudanaise», stammt von einer mächtigen Bambarafamilie ab, die ihre Vorfahren auf die Herrscher des Mali-Reiches aus dem 13. Jahrhundert zurückführt. Er studierte am Lehrerseminar in Dakar und war von 1930 an Volksschullehrer in Bamako. Seit 1937 politisch aktiv, spielte er eine wichtige Rolle im ehemals französischen Sudan, wurde 1956 in die französische Nationalversammlung und später zu deren erstem afrikanischen Vizepräsidenten gewählt. Ein Jahr später war Modibo in zwei aufeinanderfolgenden Regierungen der Vierten Republik in Frankreich Staatssekretär. 1959 wurde Keita Präsident des Sudan und war in der kurzen Zeit des Bestehens der Föderation Mali deren Premierminister.

zumal man vorher nicht versucht hatte, die beiden Länder als Einheit zu regieren.

Wegen des Fehlens eines stabilen Mittelstandes in Mali konnte die Bevölkerung den marxistischen Sozialismus mit seinen zwangsläufigen Erscheinungen der Verstaatlichung, der Enteignung und der straffen Kontrolle durch den Staat leichter akzeptieren, als dies gegebenenfalls in Senegal der Fall gewesen wäre.

Der Chef und sein Prophet

Modibo Keita, Staats- und Regierungschef von Mali und Generalsekretär der Staatspartei — man könnte ihn beinahe den Schöpfer des Staates nennen, obwohl in Mali der pseudogöttliche Heiligenschein, mit dem sich Nkrumah in Ghana umgibt, fehlt — war einer der Gründer des «Rassemblement Démocratique Africaine (RDA = Afrikanische Demokratische Bewegung), das heisst der Partei des westafrikanischen Sozialismus, die bis zur Unabhängigkeit von dem jetzigen Staatspräsidenten der Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny, geführt wurde. Bis 1959 war die RDA stark von kommunistischen Ideen durchsetzt, und Modibo Keita gehörte zu ihrem linksextremen Flügel. Davor war er Vorsitzender des «Bloc Soudanaise» (Sudanesischer Block) — einer Unterorganisation der französischen sozialistischen Partei —, und nachdem die RDA auseinandergebrochen war, gründete er die «Union Soudanaise» (Sudanesische Union), die heutige Regierungspartei in Mali. Man nennt ihn üblicherweise Präsident Modibo, um ihn von Madeira Keita zu unterscheiden, dem Innenminister und Cheftheoretiker der Partei. Letzterer war komischerweise der Gründer der «Parti Démocratique de Guinée» (Demokratische Partei Guineas) — der heutigen Partei Sékou Tourés — und sass während der französischen Herrschaft neunmal im Gefängnis. Seine wichtigsten literarischen Beiträge zur afrikanischen Theorie des Sozialismus sind «Le Mali et la Recherche d'une Socialisme Africaine» (Mali und die Suche nach einem afrikanischen Sozialismus) und «Le Parti Unique en Afrique» (Die Einheitspartei in Afrika); beide Werke stellen die politische Grundlage der «Union Soudanaise» dar. Fast der ganze Gehalt der Aussenpolitik Malis findet sich in der folgenden Bemerkung Keitas: «*In der Auseinandersetzung zwischen Ost und West wird Mali nicht vorzugsweise einen neutralen Kurs steuern. Es wird das Gebaren und die Taten anderer Nationen vergleichen, und danach wird es nur zu denjenigen Staaten freundliche Beziehungen unterhalten, die es aufrichtig unterstützen.*» Madeiras politische Ideen lassen sich am besten zusammenfassen in der Feststellung, dass er einen fast orthodoxen marxistischen Sozialismus, gepaart mit einer starken Dosis Opportunismus, vertritt.

Wie marxistisch-leninistisch ist der Mali-Sozialismus? Der ghanesischen Staatspartei gleich ist seine leninistische Auffassung über die Verbundenheit von Kapitalismus und Imperialismus («Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus»). Die Phraseologie zahlreicher offizieller Werke hält sich auffallend stark an Lenin. So wird bezeichnenderweise in praktisch allen Verlautbarungen des Gewerkschaftsbundes für Investitionsgelder der Ausdruck «Finanzkapital» verwendet, und dem Wortgebrauch entsprechen die Definitionen. So erklärt etwa Ousman Ba, Parteimann der «Union Soudanaise»: «Wirtschaftliche Unterdrückung bleibt das Wahrzeichen des kolonialen Regimes... Die Kolonialisten haben kein anderes Ziel, als die Rohstoffe und

«Wir haben zwei Ziele, nämlich:

1. uns zuerst zu organisieren und unserem Staat die praktischen Mittel in die Hand zu geben, um gegen einen eventuellen Druck seitens des ausländischen Import- und Exporthandels gewappnet zu sein. Dieser Druck wäre unausweichlich ausgeübt worden, wenn wir nicht die notwendigen Massnahmen ergriffen hätten. Gerade in dem Masse, in dem wir über solche Mittel verfügen konnten, die uns die Möglichkeit gaben, jeder möglichen Erpressung die Stirn zu bieten, hat sich der ausländische Import- und Exporthandel in seiner Sorge um die Wahrung seiner Interessen den neuen Bedingungen angepasst, so dass unsere Wirtschaft nicht wesentlich gestört wurde;

2. Reorganisation unserer Wirtschaftsstruktur mit dem zweifachen Ziel, die Bedingungen für eine erfolgreiche sozialistische Planung zu schaffen und den Produzenten von den gewinnsüchtigen und wucherischen Kräften, die ihn bedrohen, zu befreien.»

(Aus dem Leitartikel «Sozialismus und nationale Einheit» in «Essor» [Bamako] vom 18. Dezember 1961.)

Energiequellen der abhängigen Gebiete in ihre eigenen Länder zu überführen.»

Zur Mali-Version des Mythus vom afrikanischen Neokolonialismus gehört die Behauptung, der Bruch der Föderation Mali im August 1960 sei auf französisches Betreiben zurückzuführen, um Afrika zerteilt, schwach und wirtschaftlich abhängig zu halten. Nun ist die eigentliche Trennung auf Senegals Haltung zurückzuführen, aber Mali hat sich als fleissiger Jünger in der Kunst erwiesen, sich ins eigene Fleisch zu schneiden, um dem anderen wehzutun: Es war Bamako, das auf den Unterbruch der Eisenbahnverbindung nach Dakar und auf den hermetischen Abschluss der Grenze beharrte. Von da an hat der Wunsch nach totaler Unabhängigkeit von Senegal und Frankreich zu geradezu grotesken Formen geführt. Alle Exportgüter mussten auf Strassenweg entweder nach Bobo-Dioulasso (Obervolta) zur Eisenbahnverbindung Abidjan-Niger, oder dann zum Eisenbahnknotenpunkt Kankan in Guinea transportiert werden. Nicht von ungefähr nahm die Annäherung Malis an den Ostblock ihren Anstoss durch ein sowjetisches Angebot im Frühjahr 1961, eine Eisenbahn von Bamako nach Kankan zu bauen. Mali hat nach eigener Darstellung sechs Monate nach dem Bruch mit Senegal auf bedingungslose Hilfe vom Westen gewartet. Erhalten aber habe es nur drei DC-3-Flugzeuge von Grossbritannien und unannehmbare Offerten aus den USA.

Im Abkommen, das schliesslich im März 1961 unterzeichnet wurde, erhielt Mali einen langfristigen sowjetischen Kredit von 40 Millionen Rubel zugesichert. In seinem Rahmen wickelt sich die technische Hilfe ab: Schürfung nach Oel, Gold und Diamanten, Bau einer Zement-

fabrik mit einer Jahreskapazität von 10 000 Tonnen, Verbesserung der Schiffahrtsbedingungen auf dem Niger. Dem folgten Wirtschaftsverträge mit andern kommunistischen Staaten. Endlich — nach einem Besuch Keitos in Peking — kam es auch zu einem Abkommen über wirtschaftliche und technische Unterstützung mit China.

Bis Ende 1961 schien sich Mali dem kommunistischen Block ebenso schnell anzuschliessen wie Kuba. Die Tschechoslowakei war mit einem langfristigen Kredit ebenfalls auf den Plan getreten. Prag übernahm die Verpflichtung zum Aufbau von Baumwollindustrie, zur Prägung der neuen Mali-Währung, zur Beschaffung der technischen Ausrüstung für Radio Mali, das über einen der stärksten Sender Westafrikas verfügen sollte.

Prag via Kloten

Augenfällig wurde die neue Ausrichtung des Landes im Luftverkehr. Die «Air Mali» erhielt sowjetische Maschinen, und regelmässige Flüge von Prag nach Bamako via Zürich wurden eingeführt; sie fanden im Frühsommer 1962 bereits wöchentlich statt und dienten namentlich dem Transport von Studenten nach sowjetischen und tschechischen Fach- und Hochschulen.

Im Januar 1963 konnte die sowjetzonale Zeitschrift «Deutsche Aussenpolitik» feststellen: «*Zahlreiche Malinesen studieren an Hoch- und Fachschulen der UdSSR, während in Mali sowjetische Lehrer bei der Entwicklung von Fachkräften helfen.*»

Im gleichen Zeitraum nahm auch das politische Bekenntnis Malis immer mehr Farbe an. Als Modibo Keita im Mai 1962 Moskau besuchte, benutzte Chruschtschew bei der Unterzeichnung eines gemeinsamen Communiqués die Gelegenheit, seinen bis anhin heftigsten Angriff gegen die EWG vorzutragen: *Anpassung der jungen selbständigen Staaten Afrikas an den Gemeinsamen Markt würde ihre Einwilligung bedeuten, Lieferanten von Rohstoffen und Landwirtschaftsprodukten der ehemaligen Kolonialmächte zu bleiben.*» Im gleichen Jahr sollte auch der Mali-Delegierte vor der UNO-Generalversammlung in dasselbe Horn stossen und lautstark die «grosse Heuchelei» der westlichen Entwicklungshilfe verdammen. 1963 erhielt Modibo Keita den Leninpreis «für die Stärkung des Weltfriedens».

In wirtschaftlicher Beziehung erfolgte der «sozialistische Aufbau» in Mali durch einen offiziellen Fünfjahresplan und den sogenannten Somiex, einer nach dem Bruch mit Senegal geschaffenen Behörde, die vorerst den Aussenhandel, später aber auch den gesamten Binnenhandel kontrollieren sollte. Nun bestand in Mali freilich keine Bürgerschicht wie in Senegal, aber wie in jedem afrikanischen Land gab es auch hier Tausende von kleinen Kaufleuten. Das hauptsächliche Mittel, der Bevölkerung den «Sozialismus» Marke Mali einzuimpfen, war demnach zweifellos die Gewalt. Modibo Keita selbst machte das übrigens deutlich, als er 1961 in einer Rede ausführte: «*Wir werden vorwärts schreiten und uns weder von Zögernden aufhalten noch von Ungeduldigen hetzen lassen. Die fortschreitenden Massnahmen zur Sozialisierung werden zu dem Zeitpunkt ergriffen werden, den wir nach Schaffung der notwendigen Erfolgsgrundlagen ausgewählt haben.*»

Die Praxis zeigte, wie das Regime gegen Widerstände vorging. Als im August 1961 der neue Mali-Franc eingeführt wurde, kam es in Bamako zu Unruhen, wonach 81 Personen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. So umschrieb die Londoner «Times» damals das Geschehen: «*Präsident Keitas Deklamationen haben zu einer gemässigten Konkurrenz östlicher und westlicher Hilfe für Mali geführt, aber mit seiner Steuer- und Austerity-Politik nährte er im eigenen Lande eine Unruhe, die schliesslich in Aufruhr umschlug, als er mit der Franc-Zone brach und eine Währung tschechischer Prägung einführte.*» Beschlagnahmungen und aufgezwungene Staatswirtschaft haben in Mali zu gleichen Schwierigkeiten geführt wie in Ghana. Die Führer der «Union soudanaise» beginnen allmählich einzusehen, dass die Sowjethilfe mehr dem Störwert Malis im Kalten Krieg als seinen Entwicklungsproblemen gilt. Nicht dass die Schlussfolgerung gezogen worden wäre, kommunistische Methoden zurückzuweisen, aber es scheint seltsam zusammenhängend, dass sich die Regime-Theoretiker jetzt stark um die Rolle der Privatunternehmen zur Zeit von Stalins NEP-Bewegung zu interessieren scheinen. Es könnte sich um das Bedürfnis nach einer philosophischen Entschuldigung handeln, dass man vom Westen private und staatliche Investitionen fordert.

Beispiel Ghana oder Guinea?

Aber zu einem abschliessenden Wort über Malis Gegenwart hat man Philosophie und Theorie beiseite zu legen. Wir stehen, wie in manchen afrikanischen Staaten, einer handfesten Diktatur gegenüber, und einer besonders gründlichen noch dazu. Den Sündenbock, den jede Diktatur braucht, gibt der «Neokolonialismus» ab, und die Propagandisten haben es — möglicherweise erstmals in Afrika — dazu gebracht, dass man tatsächlich an diese Gefahr glaubt. Da und dort wird man in der Verwaltungsmaschinerie eine Art Verfolgungswahn gewahr, das Gefühl, eine Invasion ringsum massierter neokolonialistischer Kräfte könne jeden Augenblick erfolgen. Das ist — abgesehen vom Unsinn — etwas, was es sonst im Kontinent nicht gibt, Ghana eingeschlossen. Man mag sich damit trösten, dass auch in Mali vielleicht ein gewisser Wirklichkeitssinn zu erwachen beginnt. Guinea hat drei bis dreieinhalb Jahre gebraucht, um die Beschaffenheit kommunistischer Versprechen kritisch zu untersuchen. Mali könnte im entsprechenden Zeitraum ebenfalls zu einiger Einsicht gelangen, hat es doch seinen Weg ein Jahr später angetreten. Vor kurzem sind nebst der Eisenbahnverbindung auch freundliche Beziehungen zu Senegal wieder aufgenommen worden, und Malis Stellung Frankreich gegenüber ist viel weniger durch Bitterkeit bestimmt als zuvor.

Allerdings: Ghanas Entwicklung geht nach wie vor in die entgegengesetzte Richtung, und Malis Präsident ist nach wie vor Nkrumahs wichtigster Verbündeter in der afrikanischen Politik. Folgt Mali dem Beispiel Guineas oder Ghanas?

Modibo Keita sagte einst: «*In der Einheit wird Afrika imstande sein, dem Griff der imperialistischen Kräfte zu widerstehen und das Friedenslager zu verstärken.*» Um hier recht zu haben, müsste er aber erst noch lernen, seine Ausdrücke auf die richtigen Dinge anzuwenden.

Ian Tickle

Präsident Modibo erwidert die Huldigungen des Volkes. Zwar fehlt ihm der «Heiligenschein» seines politischen Freundes Nkrumah, aber ein gewisser Führerkult ist nicht zu verkennen.